

---

# PRESSE-DIENST

---

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN  
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

---

Frühjahrspressekonferenz 2009 ... Frühjahrspressekonferenz 2009 ... Frühjahrspressekonferenz 2009

## **Ergebnis einer repräsentativen Blitzumfrage bei 50 Unternehmen mit rund 35.000 Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes in Hamburg**

Die Auswertung ist am 21. April 2009 abgeschlossen worden.

**Eine Auswahl repräsentativer Wirtschaftsführer (Vorstände/Geschäftsführer) in Hamburg ist zur Arbeit des Hamburger Senats insgesamt sowie zu den einzelnen Ressorts befragt worden. An der Umfrage haben sich die Meinungsbildner der größeren Unternehmen der Hamburger Wirtschaft beteiligt.**

**Gefragt wurde außerdem nach der Zusammenarbeit der Freien und Hansestadt Hamburg mit Schleswig-Holstein**

### **Bewertung der Arbeit des Hamburger Senats, insbesondere des Ersten Bürgermeisters**

50 Unternehmen mit rund 35.000 Beschäftigten haben sich zur Arbeit des Hamburger Senats geäußert.

68 % der Unternehmen sind mit der bisherigen Arbeit des Hamburger Senats zufrieden, 26 % unzufrieden, 6 % haben sich der Stimme enthalten.

Wie auch die letzten Umfragen von UVNord belegen, geht das positive Gesamtergebnis vornehmlich auf das Konto des Ersten Bürgermeisters. Dieser wird auch weiterhin als wirtschaftsnah anerkannt und respektiert. Die Wirtschaft attestiert dem Hamburger Senat eine insgesamt positive Wirtschafts- und Standortpolitik. Im Rahmen der derzeit äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation aufgrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise mehren sich zunehmend kritische und negative Aussagen über die Arbeit des Hamburger Senats. Gefordert wird überwiegend eine Profilschärfung des Senats zur Bewältigung der aktuellen Wirtschaftskrise und eine aktivere Umsetzung der Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen zur

Stärkung der Hamburger Wirtschaft. Des Weiteren werden mehr Anreize für Investitionstätigkeit gefordert, die Erhöhung der Grunderwerbssteuer kritisiert und die Entwicklung in der Energie- und Schulpolitik werden mit großer Skepsis betrachtet.

Eine Vielzahl der Unternehmen bemerken außerdem kritisch, dass die Hansestadt Hamburg ein zu „grünes“ Profil aufgezwängt bekommt.

Die Arbeit der nachfolgend genannten Ressorts wird von den Unternehmen wie folgt bewertet (Ranking):

#### **Behörde für Inneres**

52 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit dieses Ressorts mit gut, 26 % als verbesserungsbedürftig, 2 % mit nicht gut und 20 % haben sich einer abschließenden Bewertung enthalten.

Auf der Positivliste steht das Thema „innere Sicherheit“, das durch die Behörde richtig eingeschätzt und angemessen umgesetzt wird.

Des Weiteren wird der Senator als Ruhepol im Senat mit kompetenten Entscheidungen mit Augenmaß beschrieben.

In Teilen wird kritisiert, dass in der Behörden früher eine bessere Organisation vorherrschte und dass der Senator derweil zu „Ich-bezogen“ agieren würde.

#### **Behörde für Kultur, Sport und Medien**

48 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Behörde als gut, 24 % als verbesserungsbedürftig, 8 % dagegen als nicht gut. 20 % der befragten Unternehmen wollten keine abschließende Bewertung vornehmen.

Positiv hervorgehoben wird, dass sich Hamburg durch die Behörde für Kultur, Sport und Medien im kulturellen sowie im sportlichen Vergleich sehr gut entwickelt.

Kritisiert bzw. als verbesserungsbedürftig genannt werden das Planungsverfahren, die Kommunikation und die Vertragsgestaltung für die Elbphilharmonie.

#### **Justizbehörde**

46 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Justizbehörde als gut, 24 % als verbesserungsbedürftig und 2 % als nicht gut. Die restlichen befragten Unternehmen haben sich einer abschließenden Stellungnahme enthalten.

Positiv genannt wird die Zielstrebigkeit des Senators und die straffe Behördenorganisation.

Kritisiert wird die Zusammenarbeit mit den weiteren Ressorts, insbesondere mit der Behörde für Inneres.

### **Behörde für Wirtschaft und Arbeit**

46 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Behörde für Wirtschaft und Arbeit als gut, 40 % als verbesserungsbedürftig, 2 % als nicht gut. Die übrigen Unternehmen haben sich einer abschließenden Bewertung enthalten.

Auf der Positivseite steht zunächst die Arbeit des Senators selbst. Diesem wird eine engagierte Zusammenarbeit mit den Unternehmen attestiert.

Positiv genannt wird, dass die Behörde in der Krise Profil zeigt und sich um Standortsicherungen bemüht. Gelobt wird ferner die exzellente Beratung und Informationspolitik zum Thema „Kurzarbeit“ und die Installation eines Konjunkturbeirats für die Fortentwicklung der Konjunkturoffensive 2009/2010.

Als verbesserungsbedürftig werden zu komplizierte Maßnahmen für den Mittelstand in Hamburg genannt und daneben mehr Unternehmensnähe der Behörde gefordert.

### **Behörde für Wissenschaft und Forschung**

44 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit dieses Ressorts mit gut, 30 % mit verbesserungsbedürftig und 10 % der befragten Unternehmen stellen der Behörde für Wissenschaft und Forschung ein schlechtes Zeugnis aus. 16 % der Unternehmen haben sich der Stimme enthalten.

Positiv werden der Behörde wichtige Impulse für die Stadt/Metropolregion bescheinigt.

Als verbesserungsbedürftig wird eine mangelnde Nähe zur Hamburger Wirtschaft genannt.

Scharf kritisiert wird die geplante Uni-Verlegung auf den kleinen Grasbrook im Hamburger Hafen, die den notwendigen Hafenausbau blockiert und damit die Hafenentwicklung gefährdet.

**Behörde für Stadtentwicklung  
und Umwelt**

44 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Behörde als gut, 36 % als verbesserungsbedürftig, 12 % als nicht gut und 8 % der Unternehmen haben sich einer abschließenden Stellungnahme enthalten.

Gelobt wird das engagierte und kompetente Auftreten der Senatorin sowie der von ihr gesuchte Dialog zur Wirtschaft.

Als verbesserungsbedürftig wird die Dauer von Genehmigungsverfahren genannt. Als verbesserungsbedürftig werden außerdem die Vorgehensweise bezüglich des Genehmigungsverfahrens des Kohlekraftwerks Moorburg genannt.

Kritisiert werden restriktive, investitionshemmende und wirtschaftsfeindliche Genehmigungsentscheidungen und schwerfällige Entscheidungen im Bereich des Straßenbaus.

**Behörde für Soziales, Familie,  
Gesundheit und  
Verbraucherschutz**

40 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Behörde als gut, 22 % als verbesserungsbedürftig, 12 % als nicht gut. Die übrigen Unternehmen haben sich einer abschließenden Bewertung enthalten.

Gelobt wird die Arbeit des Senators selbst. Er genießt in der Wirtschaft hohes Ansehen. Positiv genannt wird außerdem, dass die Sozialpolitik in der Hansestadt ein modernes Gesicht prägt. Die Fortsetzung des Integrationsbeirats zur Verbesserung der Integration vor allem von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird ausdrücklich begrüßt.

Als verbesserungsbedürftig wird die Behördenorganisation genannt sowie die Situation in den Kindergärten und die Bekämpfung der Kinderarmut in Hamburg.

**Finanzbehörde**

Noch 34 % der befragten Unternehmen bewerten die Arbeit der Finanzbehörde mit gut, 46 % als verbesserungsbedürftig und 8 % als nicht gut. 12 % der befragten Unternehmen wollten keine abschließende Bewertung vornehmen.

Positiv genannt wird der stringente Kurs der Haushaltskonsolidierung des Senators, der stets das Ohr an der Basis hat.

Als verbesserungsbedürftig nennen die Unternehmen die zu langsam ablaufenden Entscheidungsprozesse der Behörde.

Kritisiert wird die Arbeit der Behörde in Bezug auf die Schiefelage der HSH-Nordbank. Die Unternehmen vermissen in der HSH-Krise professionelle Kommunikations- und Informationspolitik.

Daneben kritisieren die Unternehmen die Grunderwerbssteuererhöhung in Hamburg.

### **Behörde für Schule und Berufsbildung**

Lediglich 24 % der Unternehmen bewerten die Arbeit der Behörde für Schule und Berufsbildung als gut, 18 % als verbesserungsbedürftig und 38 % als nicht gut. Die übrigen Unternehmen haben sich einer abschließenden Bewertung enthalten.

Kritisiert wird vornehmlich die aktuelle Schulreform mit der Einführung der Primarschule. Befürchtet wird, dass die bestehenden Gymnasien bei der geplanten Schulreform benachteiligt werden. Hier wird mehr Aufklärungsarbeit gefordert, damit auch gute und nachvollziehbare Ansätze im Reformprozess besser verstanden werden.

### **Zusammenarbeit der Freien und Hansestadt Hamburg mit Schleswig-Holstein**

42 % der befragten Unternehmen bewerten die derzeitige Zusammenarbeit Hamburgs mit Schleswig-Holstein als gut, 44 % als verbesserungsbedürftig und 2 % als schlecht. Die übrigen Unternehmen haben sich der Stimme enthalten.

Die Unternehmen vermissen nach wie vor ein entschlosseneres und gemeinsames Auftreten bei norddeutschen Gesamtanliegen in Berlin wie in Brüssel. Die Ressourcen des gemeinsamen Hanse-Office werden nicht ausreichend genutzt. Die Unternehmen hoffen, dass die Regierungen beider Länder gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sich nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen, sondern einen stringenten Kurs in der Zusammenarbeit einschlagen. Den Ankündigungen, in einer Wohngemeinschaft zu leben, sind noch keine messbaren Taten gefolgt.

## Fazit

Hamburgs Wirtschaft ist mit einer noch deutlichen Mehrheit mit der bisherigen Arbeit des Senats zufrieden. Dies gilt insbesondere für den Ersten Bürgermeister. In Zeiten der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise erwarten die Unternehmen von der Politik eine entschlosseneren Unterstützung, so dass die schwarz-grüne Koalition in Hamburg nicht an die überwältigende positive Zustimmung von 96 % für die Arbeit des Senats der Regierung im Jahr 2007 heranreicht.

Die Arbeit der einzelnen Senatsmitglieder wird seitens der Hamburger Wirtschaft jedoch höchst unterschiedlich bewertet.

Im Gesamtvergleich bzw. im Ranking ergibt sich nachfolgendes Bild:

- Platz 1: Behörde für Inneres
- Platz 2: Behörde für Kultur, Sport und Medien
- Platz 3: Justizbehörde
- Platz 4: Behörde für Wirtschaft und Arbeit
- Platz 5: Behörde für Wissenschaft und Forschung
- Platz 6: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
- Platz 7: Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
- Platz 8: Finanzbehörde
- Platz 9: Behörde für Schule und Berufsbildung

Hamburg, 22. April 2009